

WIRTSCHAFTSKRISE

Ratloser Superminister

In der Türkei atmet nicht nur die Wirtschaft auf: Der IWF-Kredit hilft erst einmal, um aus dem Größten herauszukommen. Die Ursachen der Krise jedoch bleiben bestehen.

Aus der Asche der Wirtschaftskrise sei eine neue Türkei erstanden, hieß es vergangenen Mittwoch in der auflagestarken türkischen Tageszeitung "Sabah", während die konservative "Hürriyet" ihren Frontseitenbericht mit dem knappen Satz "IWF: Das Geld ist klar" titelt.

Denn endlich setzt der ersehnte Geldsegen ein. Der Superminister Kemal Dervis, ein mit Sonderkompetenzen ausgestatteter Staatsökonom, der die bankrotte türkische Wirtschaft wieder auf Kurs bringen soll, hatte in den vergangenen zwei Wochen Grund zum Aufatmen. Dervis, der 52-jährige einstige Vizepräsi-

dent der Weltbank, hatte sich mächtig anstrengen müssen, um die internationalen Kreditvergabe-Institutionen erneut zu einer gehörigen Finanzspritze zu überreden.

Die Türkei erhält nun vom IWF einen weiteren Kredit in Höhe von acht Milliarden Dollar. Das teilte der IWF-Exekutivrat am vergangenen Dienstag in Washington mit. Demnach kann die Türkei auf 3,8 Milliarden Dollar sofort zugreifen. Die Entscheidung sei nach einer erneuten Überprüfung des türkischen Reformprogramms gefallen, hieß es. Damit erhält die Türkei insgesamt 19 Milliarden Dollar vom IWF. Die Regierung hatte

im April ein Stabilisierungsprogramm zur Bewältigung der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise vorgestellt, und Dervis hatte mit seinem Rücktritt gedroht, wenn das Programm nicht verabschiedet werde.

Binnenschuld als Achillesferse

Voraussichtlich wird die Wirtschaft in diesem Jahr um drei Prozent schrumpfen. Die Inflationsrate werde bei mehr als 50 Prozent liegen. Aber schon 2002 soll das Wachstum plus fünf Prozent betragen. Auch die Preissteigerungsrate soll deutlich zurückgehen. Durch die Privatisierung von Staatsbetrieben will die Türkei in diesem Jahr eine Milliarde Dollar, im Jahr 2002 etwa 3,5 Milliarden Dollar einnehmen. Erst vor kurzem hatte das Parlament ein Gesetz verabschiedet, das die Privatisierung der staatlichen Telekommunikationsgesellschaft Türk Telekom ermöglicht. Eine Schlüsselstellung hat daneben der Bankensektor inne, der über Fusionen, Schließungen sowie die Privatisierung von Staats- und Privatbanken umstrukturiert wird. Gemäß dem Notprogramm sollten ferner jene rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Tun der öffentlichen Hand transparenter machen und eine bessere Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft garantieren sollen.

Der Gouverneur der Zentralbank, Sureyya Serdengeçti, hat inzwischen erklärt, wie die Regierung die Hilfsmittel einsetzen will. Demnach sollen im Mai und Juni 6,5 Mrd. US-Dollar dafür eingesetzt werden, Wechselkurs und Finanzmärkte zu stabilisieren. Auf diese Weise hofft die Regierung, das Vertrauen der Märkte wieder gewinnen und die verhängnisvolle Spirale brechen zu können. In den letzten Jahren hatte die Binnenschuld die Zinsen immer ansteigen lassen.

Zu Jahresanfang zeigte diese Schuld alle neun Monate einen "Umsatz" von rund 45 Milliarden US-Dollar, was bedeutet, dass dieser Betrag alle neun Monate von neuem aufgenommen werden muss. Die Laufzeit liegt inzwischen bei sieben Monaten. Ein großer Teil der Schuld geht dabei auf die vier Staatsbanken zurück. Jahrelang waren diese Banken von Politikern gezwungen worden, die Finanzierung der Staatsschuld mitzutragen und willigen Wählern billige Kredite zu vergeben. Dies führte dazu, dass sie Anfang 2001 einen Verlust von insgesamt rund 20 Milliarden Dollar verzeichneten und die schwere Finanzkrise mit auslösten.

Wenn Wirtschaftswelt und Börsianer auch aufatmen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise machen sich inzwischen schmerzlich im türkischen Alltag bemerkbar. Täglich können im Fernsehen die Preissteigerung der einzelnen Konsumgüter beobachtet werden. Es begann mit Luxusgütern wie Alkohol und Zigaretten, dann stiegen die Benzinpreise. Inzwischen ist selbst der Zuckerpreis um zwanzig Prozent gestiegen - für eine Bevölkerung, die viel Zucker konsumiert ist dies der Inbegriff der Beschneidung von Grundbedürfnissen. "Die Regierung muss zurücktreten", "weg mit den Schwätzern", gellte es dementsprechend auf den Demonstrationen durch die Städte.

Die Reaktion des Ministerpräsidenten fiel flach aus. Bülent Ecevit entgegnete der landesweit erhobenen Forderung nach einem Rücktritt der Regierung schlapp mit den Worten: "Es gibt zur Zeit zu dieser Regierung keine Alternative. Wir sind entschlossen, uns mit großem Verantwortungsgefühl mit der Lösung der Probleme zu befassen." Solche Ankündigungen sind für die türkische Bevölkerung nicht mal mehr ein guter Witz. Denn plötzlich wird eine latente Realität sichtbar: Diese Regierung unterscheidet sich in keinsten Weise von vorherigen und der noch vor Monaten akkurat erscheinende Ministerpräsident ist ein mit den realen Problemen völlig überlasteter alter Mann ohne jedes Gespür für die praktischen Seiten dieser Wirtschaftskrise.

Ecevit hatte in den vergangenen Wochen mit jeder Regierungserklärung einen erneuten Börsencrash ausgelöst: Er sprach von einer zweiten Einkommenssteuer, die Lira sank in den Keller; er verkündete, dass die Immobiliensteuer angehoben werde, ein erneuter Abfall der Währung und ein Aufschrei durch die Bevölkerung waren die Folge. Immerhin ist Immobilienbesitz der traditionelle und weit verbreitete Weg privater Altersversicherung, weil die staatliche Versorgung nicht ausreichend existiert.

Regierung ohne Alternativen?

Es sind die Mechanismen der Machtverteilung in der Türkei, die diese Wirtschaftskrise ausgelöst haben. Zunächst hatte die Öffentlichkeit gar nicht begriffen, was passierte. Der Ministerpräsident gab vor Wochen nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates mit zitternder Stimme eine pathetische Erklärung ab: Der Staatspräsident habe sich in gegen Sitte und Anstand verletzender Weise ihm gegenüber geäußert, die Regierung stecke in einer schweren Krise. Die Folgen waren verheerend. Ausländische Investoren zo-

gen bestürzt Milliarden von Devisen aus dem Land, inländische Anleger flüchteten sich in ausländische Währungen und entzogen dem Markt ihr Geld. Daraufhin ließ die Regierung über Nacht den an Dollar und Mark gekoppelten Wechselkurs frei, die Lira verlor um 30 Prozent an Wert, die freie Wirtschaft verlor über Nacht Milliarden. Erneut zogen sich vor allem ausländische Investoren und Kreditgeber vom Markt zurück. Das Bankensystem begann aus Liquiditätsproblemen zu kollabieren.

Der Auslöser der Kontroverse zwischen dem Staatspräsidenten Ahmet Necdet Sezer und Ministerpräsident Bülent Ecevit war der reihenweise Bankrott privatisierter früherer staatlicher Banken gewesen. Der Hintergrund beleuchtet das System von Parteienwirtschaft und Machtmissbrauch. Die staatlichen Banken unterstehen in der Türkei nicht einer unabhängigen Bankaufsicht. Die Parteien selbst besetzen die Vorstände mit nahestehenden Leuten und benutzen die Banken für ihre Vetternwirtschaft. Kredite werden klientelistisch und nicht wirtschaftlich vergeben. Der Neffe des ehemaligen Staatspräsidenten Süleyman Demirel, Murat Demirel, etwa war im Vorstand von fünf Banken, die er durch betrügerische Kreditvergabe um 30 Milliarden Mark geprellt haben soll. Inzwischen sitzt er in Untersuchungshaft. Bei Bankrott von Banken muss allerdings in der Türkei der Staat einspringen. Ein Umstand der nicht unwesentlich zur türkischen Inflation beiträgt. Irgendwann sind die Kassen dann endgültig leer.

Dieser Fall X war eingetreten, und die türkische Regierung wird einen großen Teil der Kredite für die Sanierung des Bankensystems aufwenden. An sich benötigt Ankara 27 Milliarden Dollar. Die marode Wirtschaft ist in den vergangenen Wochen in ihrem Entwicklungsstand in die von Hyperinflation geprägten achtziger Jahre zurückkatalpultiert worden. Und letztendlich verkauft sich die Türkei aus, denn mit den Krediten hängt sie in den Netzen der Kreditvergabeinstitutionen. Seit 1958 hat die Türkei 18 Kreditvereinbarungen mit dem Währungsfonds geschlossen, drei davon im Volumen von 19 Milliarden US-Dollar allein in den letzten zweieinhalb Jahren. Wie diese Kredite jemals zurückgezahlt werden sollen, weiß auch "Superminister" Kemal Dervis nicht.

Sabine Küper

Türkei im Rampenlicht

Es war vor allem die anhaltende Wirtschaftskrise, welche die Türkei in den letzten Wochen auf die Titelseiten der europäischen Zeitungen brachte. Der IWF griff mit hohen Krediten ein - der türkische Staat bemüht sich nun, mit Hilfe dieser Mittel seine Chancen für einen EU-Beitritt zu verbessern. Wenig beachtet wird eine weitere Schattenseite des Landes am Bosphorus: Seit über 200 Tagen befinden sich mehr als Hundert Menschen im Hungerstreik und protestieren gegen die Bedingungen in türkischen Gefängnissen. Mehr als 20 Todesopfer forderte die Aktion - der Staat bleibt jedoch weiterhin hart. Aus Istanbul berichtet Sabine Küper.



18.12.2000: Das Gefängnis Bayrampasa in Istanbul steht in Flammen, nachdem Sicherheitskräfte die Zellen der Hungerstreikenden gestürmt hatten. (Foto: EPA)

Sabine Küper arbeitet als freie Korrespondentin in der Türkei, Griechenland, Zypern, Irak und Iran. Seit acht Jahren lebt sie in Istanbul.

HUNGERSTREIK

Fasten im Todeshaus

Seit mehr als 200 Tagen sind in der Türkei Gefangene und Angehörige in den Hungerstreik getreten. Bisher sind 23 Menschen gestorben. Ein Kompromiss mit der Regierung ist immer noch nicht absehbar.

Die Sonne tut ihr gut. Die zweiundzwanzigjährige Zehra Kulaksiz steht seit Wochen das erste Mal wieder auf und schaut auf die Bosphorusbrücke. Vom Garten des kleinen Häuschens in Küçükarmutlu, einem der Armenviertel Istanbuls, hat man einen phänomenalen Blick auf den Bosphorus. Doch schon bald fängt Zehra an zu blinzeln, ihre Augen tränen, sie kann die Helligkeit nicht solange ertragen. Sie steht auf und schleppt ihren mageren Körper wieder in eines der Hinterzimmer. Zehra ist eine der Fastenden im so genannten Todeshaus. In dem Haus, das stets von Mitgliedern des Vereins TAYAD (Verein der Familien und Angehörigen von Gefangenen), bevölkert ist, fasten noch vier Personen. Drei sind bereits gestorben.

Das erste Opfer des Todesfastens für bessere Haftbedingungen und gegen die neuen Hochsicherheitstrakte für politische Gefangene war Zehras Schwester Canan Kulaksiz. Sie war neunzehn und studierte seit einem Jahr Biologie in Izmir. Beide Schwestern entschlossen sich für das Todesfasten, weil ihr geliebter Onkel im Hochsicherheitstrakt sitzt. Eine Woche nach Canan starb die dreißigjährige Senay Hanoglus. Sie hatte von allen am längsten gehungert, 160 Tage lang nur Vitamintabletten und Fruchtsäfte, zum Schluss nahm der Körper nicht einmal mehr Flüssigkeit auf. Seit einer Woche hatte sie selbst ihre zwei Kinder nicht mehr erkannt. Senay hatte sich vor mehr als fünf Monaten solidarisch am Hungerstreik in den Gefängnissen be-

teilt, weil ihr Mann im Gefängnis sitzt. Zwei Tage nach der "Lebensrettungsaktion" in den Gefängnissen am 19. Dezember hätte er entlassen werden sollen.

Isolation als Strafmaß

Die Regierung versuchte damals, den Hungerstreik gewaltsam zu brechen und die politischen Gefangenen in die neuen Hochsicherheitstrakte zu verlegen. Die Gefangenen leisteten Widerstand, verbarrikadierten sich in den Großraumzellen. Der Widerstand der Häftlinge provozierte eine kamikazehafte Sturmung der Zellen durch Spezialeinheiten. Warum fast alle Gefängnisse plötzlich in Flammen standen, weiß man bis heute nicht. Die Gefangenen beschwören, die Polizei habe das Feuer gelegt. Die Sicherheitskräfte beteuern, die Gefangenen hätten Brandsätze geworfen. Beides ist denkbar. Bilanz: 29 tote Häftlinge, zwei tote Soldaten.

Senay Hanoglus Mann überlebte, aber man verlegte auch ihn in den Hochsicherheitstrakt in Kandira bei Izmit. Besuche waren in den vergangenen Wochen verboten, Senay hätte es auch gar nicht mehr geschafft.

Die 38-jährige Hülya Simsek ist nur noch ein Schatten ihrer selbst, kann aber dennoch aufstehen. Um bei Kräften zu bleiben, malt sie große Frauenportraits in einer anatolischen Berglandschaft. Die zweiundzwanzigjährige Fatma Sener erstaunt alle. Sie fastet fast genauso lang wie Senay und steht immer noch auf den Beinen.

Küçükarmutlu ist vor allem von Kurden und Aleviten bewohnt. Zwischen großen bewachten Hausanlagen liegt das kleine Gecekondu-Viertel. An vielen Häuserwänden sieht man aufgesprühte politische Slogans. Das Zeichen der DHKP-C, Solidaritätsaufrufe für die Hungerstreikenden und Verdammungen der neuen Hochsicherheitstrakte. Fragt man die Leute in der Nachbarschaft nach dem Grund für diesen Hungerstreik und ob sie das Aufopfern dieser Menschen verstehen könnten, schauen sie alle schuldbewusst. "Die Hungerstreikenden sind unsere Ehre", sagt eine Frau, "wir sind schwach, wir haben keine Politiker oder Anwälte, die für uns da wären." Deshalb bleibt nur der Protest mit dem Körper und seiner freiwilligen Vernichtung. Alle hier sind sich einig, dass es keine andere Möglichkeit als das Todesfasten gibt, um Aufmerksamkeit zu bekommen und jeder fühlt sich schuldig, dass er nicht mitfastet.

Doch außerhalb dieser Gemeinschaft hat der Hungerstreik in der Türkei und im Ausland viel weniger an Aufmerksamkeit erregt als die Beteiligten sich erhofft hatten. Canan Kulaksiz war gerade gestorben, da erklärten Justizminister und Ministerpräsident, dass es keine Kompromisse in der Gefängnisfrage gäbe. Bei dieser Haltung sind sie bis heute geblieben. Für die türkische Regierung wurde das Problem scheinbar am 19. Dezember mit der Erstürmung der Gefängnisse gelöst. Dabei hatte der Justizminister Hikmet Sami Türk selbst damals noch hoch und heilig versprochen, die politischen Gefangenen würden nicht in die Hochsicherheitstrakte verlegt, und man müsse die Organisation des Strafvollzugs noch einmal überdenken.

Dennoch wurden letztendlich alle politischen Gefangenen in solche Hochsicherheitstrakte verlegt, von denen man behauptet hatte, sie entsprächen absolut europäischen Standards. Ganz davon abgesehen, dass diese Gefängnis-Typen als menschenentwürdigend kritisiert werden, hat sich inzwischen bestätigt, was alle befürchtet hatten: Isolation wird als Strafmaßnahme eingesetzt. Die Gemeinschaftsräume werden zur Zeit nicht benutzt, weil der Paragraph 16 des türkischen Anti-Terror-Gesetzes besagt, politische Gefangene dürfen keinen Kontakt zueinander haben. Es gibt keinen Zugang zu Medien, jegliche von Lektüre wird zensuriert. Die Besuchszeiten der Anwälte sind begrenzt, die der Angehörigen auch. Kronzeugen werden mit Verlegung in Haftanstalten mit Gemeinschaftszellen belohnt, die es ja weiterhin noch gibt. Das karriert natürlich die Behauptung der türkischen Regierung, die Lebensbedingungen in den Gemeinschaftszellen wären hygienisch und sozial so unwürdig gewesen und die Hochsicherheitstrakte demgegenüber eine starke Verbesserung.

Die Regierung bleibt hart

Der prominente türkische Journalist Oral Çalısar, selbst schon mehrfach aufgrund von Veröffentlichungen im Rahmen des Anti-Terror-Gesetzes verurteilt und eingesperrt, bringt dieses Paradox gut auf den Punkt: "Im Ausland muss man verstehen, dass in diesen Hochsicherheitstrakten nicht 10.000 militante Terroristen einsitzen. Die meisten von diesen Menschen haben Flugblätter verteilt, sich getroffen und diskutiert, Zeitungen veröffentlicht. In der Türkei gibt es eine Tradition, die Opposition als absolut subversiv und dementsprechend terroristisch einstuft. Ich wurde zu Gefängnisstrafe verurteilt,

weil ich ein Interview mit Abdullah Öcalan veröffentlicht habe. Die Veröffentlichung von Aussagen eines Terroristen reichten aus, um mich ebenfalls als Terroristen zu verurteilen. Das gleiche Prinzip setzt sich in den Gefängnissen fort. Ein Wegsperrn jeglicher Opposition nach Prinzipien der Härte wird immer wieder solche Todeshungerstreiks provozieren, denn das System lässt den Menschen keinerlei Raum und bestraft immer nur."

Die Verhandlungen mit der türkischen Regierung sind bislang gescheitert. Immer wieder kam es in der Vergangenheit zu Hungerstreiks, der letzte war 1996. Nach dem Tod von 26 Menschen wurden endlich Unterhändler, prominente Schriftsteller und Intellektuelle, fast alle mit eigener Gefängniserfahrung, eingesetzt. Es wurde die Verbesserung der Haftbedingungen versprochen, real änderte sich jedoch nichts. Schon bei der Ermittlung von Delikten setzt der Teufelskreis ein, denn viele politische Gefangene werden durch unter der Folter erzwungene Geständnisse verurteilt, nur weil sie zu Bevölkerungsgruppen gehören, die dem ideologisch rechts unterwanderten Polizeiapparat als ohnehin politisch suspekt erscheinen. Mitte der 90er Jahre erregte ein Fall besondere Aufmerksamkeit, weil die Opfer minderjährig waren. Zwölf Jugendliche aus Manisa waren wochenlang trotz Intervention eines Abgeordneten gefoltert worden, obwohl es überhaupt keine Anhaltspunkte oder Beweise für terroristische Aktivitäten gab.

Unklar ist, wie die jetzige Patt-Situation aufzulösen ist. 70 hungerstreikende Gefangene wurden inzwischen in Krankenhäuser zwangsverlegt, doch es sollen viele bereits im Koma liegen. Genaues weiß man nicht, weil eine Informationssperre existiert. Es ist unwahrscheinlich, dass sich die Hungerstreikenden beugen werden, im Gegenteil: In allen Hochsicherheitstrakten haben jeweils fünf weitere Gefangene mit Todesfasten begonnen, parallel dazu schließen sich Angehörige an, diesmal ohne Vitamine und Fruchtsäfte, damit es schneller geht. Das Bild der Schwester hängt über Zehras Bett. Es scheint, als habe der Tod der jüngeren Schwester sie noch mehr in ihrer Entschlossenheit bestärkt bis zum Ende weiterzumachen. Aus ihrem blassen Gesicht schauen ernste Augen, die Willenskraft, aber auch Erschöpfung und eine deutliche Spur von Hoffnungslosigkeit ausdrücken.

Sabine Küper



Das rote Stirnband als Zeichen der Solidarität mit den Hungerstreikenden. Auf einer Demonstration am 1. Mai in Ankara trägt eine Frau das Bild eines Gefangenen, der bis zum Tod gefastet hat. (Foto: EPA)